



Wien, am 21. Juli 2015

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2015 – 2019

Vertrauen in den Wirtschaftsstandort stärken

Sperrfrist: Mittwoch, 22. Juli 2015, 10:00 Uhr

Nach einer kurzen Aufschwungphase im Anschluss an die „große Rezession“ wächst die österreichische Wirtschaft nur sehr langsam. Mit der Erholung der internationalen Konjunktur sollte sich die Wirtschaftsleistung im Prognosezeitraum aber wieder stärker beleben. Das Institut erwartet für den Zeitraum 2015 bis 2019 ein durchschnittliches Wachstum der österreichischen Volkswirtschaft von 1.6 %. Dieses verhaltene Tempo reicht aber nicht aus, um die Arbeitslosigkeit spürbar zu senken. Mit 8 ¾ % am Ende des Prognosezeitraums bleibt die Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition auf einem sehr hohen Niveau. Das Ziel eines annähernd ausgeglichenen öffentlichen Haushalts wird voraussichtlich erst am Ende des Prognosezeitraums erreicht. Die Steuerreform senkt die Belastung des Produktionsfaktors Arbeit. Notwendig sind aber weitere Reformschritte im öffentlichen Sektor zur Stärkung des Wachstumspotenzials der österreichischen Wirtschaft.

Im Vorjahr hat die Wirtschaft des Euroraums die Rezessionsphase überwunden. Die Erholung sollte sich im Prognosezeitraum weiter festigen. Vom verbesserten internationalen Umfeld gehen positive Impulse auf die österreichische Volkswirtschaft aus. Somit erwartet das Institut für den Zeitraum 2015 bis 2019 ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Österreich von durchschnittlich 1.6 % pro Jahr. Im Vergleich zur mittelfristigen Prognose im Vorjahr wurde das erwartete Wachstumstempo um rund ¼ Prozentpunkt zurückgenommen. Die mittelfristige Vorausschau übernimmt traditionellerweise die Werte der Juni-Prognose für die ersten beiden Jahre und erweitert den Prognosehorizont um drei Jahre. Ausgehend von 0.7 % und 1.8 % in den Jahren 2015 und 2016 erwartet das Institut für den restlichen Prognosezeitraum Wachstumsraten von gut 1 ¾ %, wobei der Konjunkturröhepunkt mit 1.9 % im Jahr 2017 erreicht werden dürfte. Mit 1.6 % fällt das Wachstum um rund 0.4 Prozentpunkte kräftiger als im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre aus, bleibt allerdings geringfügig hinter dem im Euroraum zurück (1.8 %).

Die mittelfristige Prognose beruht auf einer Schätzung des Produktionspotenzials der österreichischen Wirtschaft. Dabei handelt es sich um die bei Normalauslastung der Einsatzfaktoren Arbeit, Kapital und technischer Fortschritt erreichbare Produktion. Im Zuge der schwachen Wirtschaftsentwicklung in den vergangenen Jahren hat sich das Wachstum des Produktionspotenzials abgeschwächt und im Jahr 2014 nach Einschätzung des Instituts 1 % betragen. Vor allem der Kapitalstock und der technische Fortschritt entwickelten sich schwach. Bis zum Ende des Prognosezeit-

raums sollte sich das Potenzialwachstum auf 1 ½ % beschleunigen. Ausgehend von einer negativen Produktionslücke von 1 ½ % im Jahr 2014 sollte sich die Lücke bis zum Ende des Prognosezeitraums schließen, da die Wirtschaftsleistung etwas schneller als das Produktionspotenzial wächst.

Der Prognose liegt die Annahme einer moderaten Belebung der Weltkonjunktur zugrunde. Im Gegensatz zur jüngeren Vergangenheit tragen im Prognosezeitraum die Industrieländer das Wachstum. Die Dynamik in den Schwellenländern wird sich dagegen abschwächen. Die US-Wirtschaft befindet sich weiter auf einem stabilen Wachstumspfad und sollte im Prognosezeitraum ein durchschnittliches Wachstum von 2 ½ % erzielen. Das Institut geht davon aus, dass sich im Euroraum der Wirtschaftsaufschwung weiter festigt und ein durchschnittliches Wachstum von 1 ¾ % erzielt wird. Weiterhin dynamisch entwickelt sich dabei die deutsche Wirtschaft, aber auch die Peripheriestaaten kehren auf einen moderaten Wachstumskurs zurück. In China dürfte sich die Tendenz zur Verlangsamung des Wachstums fortsetzen (6 ¼ %). Im Vergleich zur letztjährigen mittelfristigen Vorschau sollte die europäische Wirtschaft von einem niedrigeren Ölpreis und einem schwächeren Euro-Dollar-Wechselkurs profitieren. Das Institut geht von einem durchschnittlichen Rohölpreis von 70 US-Dollar je Barrel aus. Hinsichtlich des Euro-Dollar-Wechselkurses wird ein Wert von 1.10 unterstellt.

Mit der Länge des Prognosezeitraums steigen die Prognoseunsicherheiten. Die Weltwirtschaft bleibt anfällig für Störungen durch geopolitische Entwicklungen und Turbulenzen an den Finanzmärkten. Eine Verschärfung der politischen Krisen (Russland-Ukraine, Syrien, Irak) könnte die Entwicklung des Welthandels bremsen und wohl auch zu einer Erhöhung der Energiepreise führen. Die konjunkturellen Auswirkungen eines Staatsbankrotts Griechenlands auf die übrigen Euroländer werden aufgrund der institutionellen Reformen (etwa Bankenunion) als eher gering eingeschätzt. Allerdings würde ein Ausscheiden Griechenlands aus der Währungsunion die Unsicherheiten auf den Finanzmärkten erhöhen und könnte die Erholung in den Peripheriestaaten wegen höherer Risikoaufschläge belasten. Die expansive Geldpolitik der EZB hat die Deflationsgefahr im Euroraum abgewendet, könnte aber mittelfristig zu Blasen auf den Aktien- und Immobilienmärkten führen. Der Ausstieg der US-Notenbank aus der Niedrigzinspolitik könnte Verwerfungen auf den internationalen Devisen- und Finanzmärkten auslösen, insbesondere wenn er sehr rasch erfolgt. Daneben bestehen auch noch spezifische Risiken für die Wirtschaftsentwicklung in Österreich. Im Vorjahr ergab sich erstmals seit längerer Zeit ein negatives Wachstumsdifferenzial zum Euroraum-Durchschnitt. Dies dürfte sich im heurigen Jahr fortsetzen. Es besteht das Risiko, dass sich in Österreich trotz verbesserter internationaler Konjunktur die Stimmung der Wirtschaftsakteure nicht bessert und weiterhin wenig investiert wird. Hierbei ist auch zu beachten, dass sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs im Euroraum in den letzten Jahren verschlechtert hat. Bei einer anhaltenden Investitionszurückhaltung würde der Kapitalstock der österreichischen Wirtschaft kaum ausgeweitet, was das Produktionspotenzial belasten würde. Dem gegenüber stehen aber auch gewisse Aufwärtsrisiken. Die positive Entwicklung im Euroraum könnte die Stimmung in Österreich verbessern und damit die Nachfrage erhöhen. Zudem könnte die erzielte Einigung mit dem Iran die Ölpreise niedrig halten oder sogar noch weiter drücken.

In den vergangenen fünf Jahren hat sich der private Konsum in Österreich nur verhalten entwickelt (0.6 %). Dies resultierte primär aus der schwachen Dynamik der verfügbaren Einkommen (niedrige Kapitaleinkommen, kalte Progression). Dieser Effekt wurde zum Teil dadurch abgefedert, dass die

Haushalte ihre Sparquote deutlich reduziert haben. Die Steuerreform und die verbesserte Konjunkturlage stützen im Prognosezeitraum die Kaufkraft. Die private Konsumnachfrage dürfte daher wieder stärker anziehen (1.3 %). Die positive Entwicklung der Realeinkommen ermöglicht gleichzeitig einen Anstieg der Sparquote. Diese sollte am Ende des Prognosezeitraums $9\frac{3}{4}$ % betragen.

Die letzten Jahre waren durch eine markante Investitionszurückhaltung geprägt. Mit der Festigung der Konjunktur im Euroraum und den damit verbesserten Exportchancen sollte sich auch die Investitionstätigkeit in Österreich wieder beleben. Dazu dürften auch die niedrigen Finanzierungskosten und der steigende Bedarf an Ersatzinvestitionen beitragen. Die Anlageinvestitionen sollten im Prognosezeitraum um knapp 2 % pro Jahr wachsen. Die Ausrüstungsinvestitionen werden dabei mit einem durchschnittlichen Wachstum von $2\frac{1}{2}$ % deutlich schneller als die Bauinvestitionen (1 %) zulegen.

Von der internationalen Konjunkturbelebung strahlen positive Impulse auf die österreichische Außenwirtschaft aus. Unterstützend sollte auch der schwächere Euro-Dollar-Wechselkurs wirken. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut ein durchschnittliches Wachstum der Gesamtexporte von $4\frac{1}{2}$ %, wobei die Warenexporte etwas kräftiger steigen (knapp 5 %). Die Wachstumsraten werden damit aber nicht mehr die Werte vor der Krise erreichen. Die Importe wachsen mit demselben Tempo wie die Exporte ($4\frac{1}{2}$ %), gestützt werden sie durch die anziehende Binnennachfrage. Im Einklang mit der Tendenz zum Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte im Euroraum geht vom Außenhandel im Prognosezeitraum nur mehr ein geringer positiver Wachstumsbeitrag aus.

Mit einer durchschnittlichen Inflationsrate von $1\frac{3}{4}$ % erwartet das Institut eine moderate Teuerung im Prognosezeitraum. Dabei wird unterstellt, dass von den internationalen Rohstoff- und Energiepreisen keine preistreibenden Impulse ausgehen. Auch von der Entwicklung der heimischen Lohnstückkosten ist vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosigkeit kein besonderer Preisdruck zu erwarten. Überlegenswert sind aber verstärkte Anstrengungen zum Abbau des hohen Inflationsdifferenzials zu den Haupthandelspartnern im Euroraum.

Die anhaltende Wachstumsschwäche hat in Kombination mit dem kräftig gestiegenen Arbeitskräfteangebot zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Mit einer Quote laut nationaler Definition von gut 9 % wird bereits in diesem Jahr ein historischer Höchststand verzeichnet. Im Einklang mit der verbesserten Konjunktursituation sollte die Beschäftigungsnachfrage im Prognosezeitraum um knapp 1 % pro Jahr zulegen. Da das Arbeitskräfteangebot aber weiterhin ansteigt, dürfte die Arbeitslosigkeit im Prognosezeitraum in etwa stagnieren. Für das Jahr 2019 wird gegenwärtig eine Arbeitslosenquote von $8\frac{3}{4}$ % erwartet. Laut Eurostat-Definition wird die Quote dann $5\frac{1}{2}$ % betragen.

Die Steuerreform und die Anstrengungen, einen weitgehend ausgeglichenen Staatshaushalt zu erzielen, prägen die Entwicklung der öffentlichen Haushalte. Das Ziel eines strukturellen Null-Defizits wird vom Institut ausdrücklich begrüßt. Gegeben die gegenwärtig vorliegenden Informationen, geht das Institut aber davon aus, dass dieses Ziel erst gegen Ende des Prognosezeitraums erreicht wird. Beim Budget bestehen beträchtliche Prognoserisiken (z.B. hinsichtlich allfälliger notwendiger zusätzlicher Mittel für die Banken sowie der Unsicherheit über die zeitliche Wirkung der Steuerreform).

Die steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit im Rahmen der Steuerreform ist aus Sicht des Instituts sehr positiv zu bewerten. Allerdings müssen diesem Schritt weitere Reformen zur Verbesserung der Qualität des Wirtschaftsstandortes folgen. Dazu ist eine stärkere Gewichtung der produktiven staatlichen Investitionsausgaben (etwa für Bildung, Forschung und Entwicklung, Innovationsförderung) im Budget notwendig. Zur Finanzierung sind Reformen bei den konsumtiven Staatsausgaben (Verwaltung, Pensionen, Subventionen) sowie eine anreizkompatiblere Ausgestaltung des Finanzausgleichs angeraten. Weiters ist eine nachhaltige Rückführung der Staatsschulden erforderlich. Dies sollte das Vertrauen internationaler Investoren erhalten und damit auch zukünftig im internationalen Vergleich günstige Refinanzierungskonditionen sichern sowie Spielraum für das Wirken automatischer Stabilisatoren schaffen.

In einem Spezialkapitel der Prognose werden die mittel- und langfristigen makroökonomischen Wirkungen der Steuerreform untersucht, wobei konjunkturelle Effekte völlig ausgeblendet werden. Diese Bewertung erfolgt anhand von TaxLab, dem dynamischen Gleichgewichtsmodells des IHS. In der Simulation wurden die Tarifreform sowie der Großteil der Gegenfinanzierungsmaßnahmen berücksichtigt. Die Tarifreform reduziert den Steuerkeil auf dem Faktor Arbeit, hingegen verringert die Gegenfinanzierung die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Die Anreize, Arbeit verstärkt anzubieten bzw. die Suchanstrengungen bei Arbeitslosigkeit zu erhöhen, steigen durch die höheren Nettolöhne. Ein Teil der Steuerentlastung wird im Rahmen der Lohnverhandlungen auf die Arbeitgeber überwält. Dies senkt die Arbeitskosten und erhöht somit die Beschäftigungsnachfrage. Langfristig steigt das Arbeitsvolumen und die Arbeitslosenquote fällt um 0.3 Prozentpunkte. Ausgehend von der steigenden Beschäftigung zieht auch die Investitionstätigkeit an und das Bruttoinlandsprodukt steigt mittelfristig um $\frac{2}{3}$ % bzw. langfristig um 1 %.

Rückfragehinweis:**Institut für Höhere Studien (IHS), Stumpergasse 56, 1060 Wien**Fax: 01/59991-162 — <http://www.ihs.ac.at> — ZVR-Zahl: 06620797Dr. Helmut Hofer, helmut.hofer@ihs.ac.at, Tel.: 01/59991-251Dr. Klaus Weyerstraß, klaus.weyerstrass@ihs.ac.at, Tel.: 01/59991-233Mag. Barbara Herbst (Public Relations), barbara.herbst@ihs.ac.at, Tel.: 01/59991-122

Wichtige Prognoseergebnisse

Durchschnittliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2005-2009	2010-2014	2015-2019
Bruttoinlandsprodukt, real	1.3	1.2	1.6
Privater Konsum, real	1.3	0.6	1.3
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	-0.2	1.0	2.4
Bruttoanlageinvestitionen, real	-0.1	1.0	1.9
Ausstattungsinvestitionen, real	1.5	2.6	2.5
Bauinvestitionen, real	-1.7	-0.6	1.1
Inlandsnachfrage, real	1.1	0.8	1.4
Exporte i.w.S., real	1.3	4.8	4.6
Waren, real (laut VGR)	0.5	5.5	4.9
Reiseverkehr, real (laut VGR)	1.1	0.3	0.8
Importe i.w.S., real	0.9	4.0	4.6
Waren, real (laut VGR)	1.0	3.7	4.7
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-0.9	-1.6	0.9
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1.1	1.1	0.9
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ^{*)}	6.7	7.3	9.0
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ^{*)}	5.0	5.1	5.7
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.7	2.0	2.0
Preisindex des BIP	1.9	1.7	1.7
Verbraucherpreisindex	1.9	2.2	1.8
3-Monats-Euribor ^{*)}	3.1	0.6	0.6
10-Jahres-BM-Rendite öst. Staatsanleihen ^{*)}	3.9	2.4	1.7

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

^{*)} absolute Werte

Internationale Rahmenbedingungen

Durchschnittliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2010 – 2014	2015 – 2019
Welthandel	5.6	4.3
BIP, real		
Deutschland	1.9	1.6
Italien	-0.5	1.1
Frankreich	1.0	1.4
Vereinigtes Königreich	1.8	2.3
Schweiz	2.0	1.3
USA	2.2	2.5
Japan	1.5	0.9
China	8.6	6.2
Polen	3.1	3.2
Slowakei	2.6	3.0
Tschechien	1.0	2.7
Ungarn	1.2	2.4
Slowenien	0.1	2.3
MOEL-5*)	2.2	2.9
Bulgarien	1.2	2.3
Rumänien	1.4	3.1
Kroatien	-1.1	1.1
Russland	2.8	0.5
Euroraum	0.7	1.8
NMS-6*)	1.9	2.9
EU-28	0.9	1.9
OECD	1.9	2.4
Österreichische Exportmärkte	5.0	4.7
USD/EUR Wechselkurs**)	1.33	1.10
Erdölpreis (Brent, USD/barrel)**)	102.4	69.8

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

*) MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien; NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

***) absolute Werte

Makroökonomische Auswirkungen der Steuerreform

	Mittelfristig	Langfristig
Makroökonomische Aggregate (Veränderung in %)		
BIP	0.65	0.99
Kapitalstock	0.38	0.87
Investitionen	1.23	0.87
Privater Konsum	0.93	2.29
Arbeitsmarkt (Veränderung in %)		
Arbeitskosten	-0.61	-0.33
Nettolöhne	3.20	3.49
Arbeitsvolumen	0.85	0.93
Arbeitsplätze (in Köpfen)	26,822	29,209
- niedrig qualifiziert	4,137	4,451
- mittel qualifiziert	18,492	19,874
- hoch qualifiziert	4,027	4,729
Arbeitslosenquote (in Prozentpunkten)	-0.27	-0.30
Öffentliche Finanzen (Veränderung in % des Basis-BIP)		
Sozialversicherungsbeiträge	0.06	0.13
Mehrwertsteuereinnahmen	0.46	0.59
Budgetdefizit (Maastricht)	-0.08	0.10

Anmerkung: Abweichungen von der Basislösung ohne Steuerreform.

Quelle: Hofer, H., Davoine, T., Hye, R., Miess, M., Müllbacher, S., Poyntner, P. (2015): Ex Ante Evaluation der Steuerreform 2015/2016 Wirkungen auf Einkommensverteilung, Arbeitsangebot und makroökonomische Größen. Studie im Rahmen des Rahmenvertrages mit dem Bundesministerium für Finanzen, IHS.